

Bordbistro, Toiletten und umstrittenes Personal

Die mit Spannung erwartete Reformstrategie der Bahn liegt vor. Was Verkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) plant.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (CDU) machte am Montag deutlich: Er wolle sich daran messen lassen, dass die Bahn wieder pünktlicher werde. Was das für ihn politisch-persönlich bedeutet, ließ er allerdings offen. In einem ersten Schritt bis 2029 soll jedenfalls eine Pünktlichkeitsquote von 70 Prozent im Fernverkehr erreicht werden – die das Unternehmen eigentlich schon in nächster Zeit angepeilt hat. Das sieht das neue Reformkonzept des Ministers vor. Fragen und Antworten dazu.

Welche personellen Veränderungen wird es geben?

Neue Bahnchefin soll Evelyn Palla werden, die bisher für den Regionalverkehr zuständig gewesen ist. Palla betonte am Montag bei ihrer Vorstellung: „Nichts wird schnell gehen.“ Die Sanierung des Konzerns sei „ein Marathon“. Aber sie wolle bei der Bahn „aufräumen“, damit auch die Eisenbahner wieder stolz sein könnten auf den Konzern. Neuer Chef der Infrastruktur-Tochter DB InfraGo soll überdies der Berater Dirk Rompf werden. Rompf war bereits von 2014 bis 2019 unter anderem als Vorstand für Netzplanung und Großprojekte bei der InfraGo, die damals noch DB Netz hieß, tätig. Insgesamt soll der Bahnvorstand auf maximal sechs Personen verkleinert und die Ressorts Infrastruktur sowie Digitalisierung und Technik wegfallen.

Laut Strategie sollen ab 2029 mindestens 70 Prozent der Züge im Fernverkehr pünktlich sein.

Wie kommt das neue Personal an? Durchwachsen. Der Start ist bereits holprig. Palla wird zwar von politischer Seite allenthalben gelobt aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen im Bahnbereich. Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) will das vorgeschlagene Personalpaket aber verhindern. „Der Weg nach vorne kann niemals durch die Vergangenheit führen“, so EVG-Chef Martin Burkert am Montag in Berlin. Die Gewerkschaft stört sich vor allem an Rompf. Er stehe für den „Sparwahn“, mit dem die Infrastruktur der Bahn über Jahre verkommen sei, so Burkert. An diesem Dienstag kommt der Aufsichtsrat der Bahn zusammen. Unklar ist, ob eine einfache oder eine Zwei-Drittel-Mehrheit für die Bestimmung notwendig ist.

Welche Pünktlichkeitsziele strebt Minister Schnieder an?

Der Minister verspricht einen „Neuanfang“ – und senkt die Ziele. Denn erstmals in der Geschichte des Konzerns habe im Juni/Juli an drei Tagen in Folge die Pünktlichkeit unter 40 Prozent im Fernverkehr gelegen, so Schnieder. Aktuelle Zielsetzungen seien daher „nicht annähernd erreichbar“. Laut Strategie sollen daher erst ab 2029 mindestens 70 Prozent der Züge im Fernverkehr pünktlich sein, bisher hatte die Bahn dies früher angepeilt. Auch das sei „ambitioniert“ angesichts der Fülle an Baustellen im Netz und ihrer „Folgeprobleme“, meinte der Minister. Mittelfristig soll eine Zielmarke von 80 Prozent Pünktlichkeit erreicht werden, langfristig sollen 90 Prozent der Züge pünktlich sein. Der Kunde braucht also weiterhin Geduld. Zumal die Knotenpunkte im Schienennetz überlastet sind.

Was ist rasch für mehr Kundenzufriedenheit geplant?

Drei Sofortprogramme „für ein besseres Reiseerlebnis“ will Schnieder zügig aufs Gleis setzen. Für mehr Sicherheit und Sauberkeit an Bahnhöfen soll ein Mix aus mehr Personal und Technik wie dem Ausbau der Videoüberwachung sorgen. Darüber hinaus soll es eine bessere Kundeninformation an den Bahnhöfen und im Zug geben, etwa bei Verspätungen oder anderen Veränderungen im Reiseverlauf. Und es soll der Komfort in den Zügen des Fernverkehrs, also in ICEs und ICs, verbessert werden. Zu oft gebe es bislang Kritik wegen defekter Toi-



Beim Fernverkehr will die Bahn nach aktuell beunruhigenden Verspätungszahlen pünktlicher werden. Die alte Prognose bremste Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder allerdings deutlich ab.

FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

letten oder fehlender Bordbistros in den Zügen – das soll sich künftig ändern.

Ist mehr Familienfreundlichkeit weiter ein Ziel der Deutschen Bahn? Nein. Die wohl künftige Chef-in Palla betonte mit Blick auf die Tarife: „Die Bahn ist heute schon sehr familienfreundlich“ – und das mehr als andere Bahnen. Auf die Frage, ob die Familienreservierung wieder eingeführt werde, deren Abschaffung für viel Kritik gesorgt hatte, antwortete sie: „Das ist aktuell nicht vorgesehen.“

Wie soll künftig mit den Boni für die Bahnvorstände verfahren werden?

Immer wieder ein Aufregerthema sind die Boni, die bezahlt werden trotz des Zustands der Bahn. Laut Schnieder sollen sie künftig stärker an das Erreichen der Pünktlichkeitsziele geknüpft werden. Wenn man wolle, dass die Bahn zuverlässiger werde, müsse man solche Anreize stärker setzen, so der Minister. Der Aufsichtsratsvorsitzende, Werner Gatzert, erklärte, ab 2026 wolle man die Gewichtung der Pünktlichkeit bei den Zielvereinbarungen „noch deutlich nach oben“ schrauben.

Wird die Generalsanierung des Bahnkonzerns fortgeführt?

Ja. Am eingeschlagenen Weg der Generalsanierungen will Minister Schnieder festhalten. Bis 2036 sollen bundesweit mehr als 40 besonders wichtige Bahnstrecken grundlegend modernisiert werden. Auf diese Weise soll die Zahl der Baustellen nach und nach reduziert werden. Das kündigte der Minister im Strategiepapier an. Währenddessen sollen die Züge wieder zuverlässiger fahren. Ein Ausdünnen der Verkehre auf der Schiene ist nach bisherigem Stand aber wohl nicht geplant.

100 000 Unterschriften gegen die Verjährung von Missbrauch

Viele Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs durch Priester scheitern, weil sich die Kirche auf Verjährung beruft. Betroffene haben eine Petition gestartet.

FULDA (dpa/kna) Mehr als 100 000 Menschen haben eine Petition unterschrieben, wonach sich die katholische Kirche bei Schmerzensgeldprozessen von Missbrauchsoffern nicht auf Verjährung berufen dürfen soll. Das teilte die Betroffenen-Initiative „Eckiger Tisch“ unmittelbar vor Beginn der

Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda mit. „Die katholische Kirche darf sich in Schmerzensgeldprozessen nicht länger auf die Einrede der Verjährung berufen“, forderte Matthias Katsch vom „Eckigen Tisch“. Die katholische Kirche hat als

Reaktion auf das Bekanntwerden massenhaften Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen durch Priester besonders in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ein System freiwilliger „Anerkennungsleistungen“ etabliert. Eine Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistungen (UKA) ge-

währt Betroffenen dabei Gelder, ohne dass sie wirklich Beweise für den Missbrauch vorlegen müssen. Allerdings wird vielfach kritisiert, dass die gezahlten Summen nicht ausreichend seien. Vor Gericht wurden im Einzelfall höhere, sechsstelligen Beträge erstritten. Das Verfahren müsse schneller,

transparenter und unabhängiger werden. Betroffene haben seit Anfang 2021 mehr als 4500 Anträge eingereicht. Die Kommission hat bis Ende 2024 die Zahlung von fast 77 Millionen Euro für Betroffene angewiesen. In jedem achten Fall lag die Summe bei mehr als 50 000 Euro; 31-mal wurden mehr als

250 000 Euro gezahlt. Viele Klageverfahren kommen jedoch gar nicht erst zustande, weil sich die Kirche auf Verjährung beruft. Das ist nach Meinung der Betroffenen-Initiativen besonders unfair, weil die Kirche die Taten auch nach eigenem Eingeständnis oft viele Jahre vertuscht habe.

„Die Kirchen müssen eine positive Rolle spielen“

Bei seiner ersten Privataudienz bei Papst Leo XIV. spricht der Bundespräsident mit dem Pontifex über Krieg und Frieden – und lädt nach Deutschland ein.

VON DAVID GRZESCHIK

VATIKANSTADT Ein schwüler Spätsommertag in Rom, das Thermometer ist noch einmal auf 28 Grad geklettert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier steht auf einer Dachterasse im Campo Santo Teutonico, dem „deutschen Friedhof“, der innerhalb der Mauern des Vatikans liegt. Hinter ihm ist die Kuppel des Petersdoms erkennbar. Der Bundespräsident kommt gerade von seiner ersten Privataudienz beim neuen Papst, Leo XIV. Aus einem Gespräch, in dem es um Krieg und Frieden ging, wie Steinmeier gleich berichten wird. Der Bundespräsident wirkt zufrieden.

Steinmeier war am Sonntagabend von Berlin aus zu einem Kurzbesuch in Richtung Vatikan aufgebrochen. Zuletzt war er bei der Beisetzung von Papst Franziskus Ende April in Rom gewesen. Zur Amtseinführung von Leo im Mai war Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) angereist. Dass Steinmeier so kurz nach der Amtseinführung des neuen Papstes eine Audienz erhält, gilt als große Ehre.

Steinmeier, der selbst Protestant ist, wird auf der Reise von seiner katholischen Frau Elke Büdenbender begleitet. An großen Themen mangelt es nicht. Steinmeiers Besuch fällt mitten in eine dramatische Weltlage, die von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Hungerkatastrophe in Gaza und vielen weiteren Konflikten gekennzeichnet ist. Bereits kurz nach seiner Wahl bot der neue Papst Unterstützung bei den Bemühungen um Frieden in der Ukraine an. Das Angebot verlief so weit bekannt im Sand.

Nun sagt Steinmeier, dass sowohl den Papst als auch ihn die Sorge wegen Russlands Angriffskrieg umtreibe. Vor allem die „mangelnde Bereitschaft von russischer Seite, Schritte zu gehen“, die in Richtung eines Waffenstillstands deuten, bereite wenig Hoffnung. „Was wir brauchen, ist ein gerechter Friede. Von dem sind wir weit entfernt“, bilanziert Steinmeier.

Ein weiteres Thema im Gespräch war Steinmeier zufolge die Situation der Kirche in Deutschland, die in den vergangenen Jahren stetig an



45 Minuten dauerte die Privataudienz von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (r) bei Papst Leo XIV. im Vatikan. FOTO: VATICAN/CATHOLICPRESSPHOTO/IMAGO

Mitgliedern verloren hat. Nicht einmal mehr jeder Zweite im Land kennt sich mittlerweile zu einer der beiden großen christlichen Konfessionen. Grund dafür sind aus Sicht

des Bundespräsidenten neben dem Missbrauchsskandal auch Säkularisierungsprozesse und das Wachstum der religiösen Vielfalt. Über den Bedeutungsverlust der

Kirchen zeigt sich Steinmeier beunruhigt. „Das muss nicht nur den Papst und den Vatikan besorgen, darüber müssen auch wir uns Gedanken machen. Denn meine feste Überzeugung ist und bleibt: Die Kirchen können und müssen eine positive Rolle spielen beim Zusammenhalt unserer Gesellschaften“, sagt er.

Die Stimme aus Rom sei ihm aber nach wie vor wichtig. Steinmeier habe Leo daher nicht nur zugesagt, in Gesprächen zu bleiben – er habe ihn auch eingeladen, Deutschland zu besuchen. Wie Leo darauf reagierte, sagt Steinmeier nicht. Leos an Ostern verstorbener Vorgänger Franziskus war nie in die Bundesrepublik gekommen. Der neue Papst hat bislang noch keine Auslandsreise gemacht. Spekuliert wird, dass er noch dieses Jahr in die Türkei fliegt.

Der Heilige Stuhl gilt als klassischer UN-Verbündeter beim Kampf gegen Armut, Hunger und Marginalisierung. Der jetzige Papst, der 20 Jahre in Peru wirkte, kennt durch seine Arbeit mit den Ärmsten die Herausforderungen solcher Länder. Und so war in dem Gespräch

zwischen Steinmeier und Leo auch die humanitäre Lage in Gaza Thema. Steinmeier habe den Papst zu einer starken Vermittlerrolle in den weltweiten Krisen ermutigt. „Wir können gar nicht darauf verzichten, wenn der Papst und der Vatikan hier seine Hilfe anbieten“, so Steinmeier. Es gebe immer weniger Vermittler und Einflussgrößen, die auf Konfliktparteien einwirken könnten.

Viel Zeit, um all diese Themen anzusprechen, blieb dem Bundespräsidenten allerdings nicht. Das private Gespräch mit dem Papst dauerte rund eine Dreiviertelstunde.

Am Nachmittag standen dann noch Gespräche mit den in Rom ansässigen UN-Organisationen auf dem Programm: dem Welternährungsprogramm (WFP), der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD).

Produktion dieser Seite:

Ben Balzereit
Lucas Hochstein